

Klima-Marsch in die Institution

Dominik Waser (23) will als erster Klimastreikender in die Regierung der Stadt Zürich – und er weiss genau, wie er sie verändern möchte.

Othmar von Matt

Sollte er auf diese überraschende Anfrage eingehen? Das überlegte sich Dominik Waser lange. Der 23-jährige Klimaaktivist wusste: Kandidiert er tatsächlich für die Grünen für einen Sitz im Zürcher Stadtrat, der Exekutive, wird das im Klimastreik nicht eitel Freude hervorrufen. Die institutionelle Politik gilt dort bei vielen als gescheitert.

Waser sitzt im Café Lang am Limmatplatz 7 in Zürich. Hier arbeitet er oft. Es sei ein Ort «für Träumer und Analytiker, Literaten und Handwerker», schreiben die Besitzer der Bar.

Dominik Waser, der ausgebildete Landschaftsgärtner, ist vieles davon. Nun wagt er als Klimastreikender den Schritt in die institutionelle Politik. Das sei ein «Abenteuer», ein «Experiment», sagt er. Am Dienstagabend nominieren die Grünen der Stadt Zürich Waser wohl neben den bisherigen Stadträten Karin Rykart und Daniel Leupi. Er soll am 13. Februar 2022 einen dritten Sitz holen.

Zürich soll das Modell einer Zukunftsstadt werden

Dass der Zürcher Stadtrat die direkten Treibhausgasemissionen erst bis 2040 auf «Netto Null» senken will, findet Waser «untragbar». Das Parlament hatte auf 2030 gepocht. Der Landschaftsgärtner weiss, wie sein Zürich der Zukunft aussehen soll. Es wird national wie international zum Modell einer Zukunftsstadt in der Klimapolitik. «Zürich hat alles: linke Mehrheiten, wirtschaftliche und demokratische Möglichkeiten. Es ist eine megaprivilegierte Stadt.»

Für ihn muss Zürich alle Projekte und Entscheide daraufhin prüfen, ob sie die übergeordneten Klimaziele erfüllen. Es brauche ein Klimadepartement. «Das Umweltschweizerdepartement macht zwar schöne Pläne», sagt er. «Die grossen Klima-Hebel wie Bau, Wohnen und Verkehr sind aber in anderen Departementen angesiedelt.»

Die Stadt müsse auch bei der Beschaffung als gutes Beispiel vorangehen und ihre Institutionen wie Kantinen und Spitäl



«Zürich braucht mehr wilde Natur, so wie hier»: Dominik Waser, Klimaaktivist und Unternehmer.

Bild: Sandra Ardizzone (Zürich, 22. Juni 2021)

Alfred Heer verzichtet

SVP-Nationalrat Alfred Heer kandidiert nicht für den Zürcher Stadtrat. Die Nachricht hat sich am Montagabend an einem Anlass der Stadtzürcher SVP verbreitet. Vor vier-einhalb Monaten hatte der 59-jährige dieser Zeitung gesagt, er prüfe eine Kandidatur. Nun zieht er sich zurück. Die Chancen der SVP, einen Sitz in der Stadtzürcher Exekutive zu erobern, sinken damit stark. Die Partei ist seit 1990 nicht mehr im Stadtrat vertreten. Die Erneuerungswahlen finden am 13. Februar 2022 statt. (be.)



neu ausrichten, fordert er: auf pflanzliche, biologische und regionale Lebensmittel. Diese Einrichtungen müssten in fünf Jahren klimaneutral sein.

Gleichzeitig will er Solarstrom- und Renovationsoffensiven.

Einen zentralen Hebel sieht Waser beim Verkehr. Die Anzahl der Parkplätze in der Stadt möchte er in kurzer Zeit «auf die Hälfte reduzieren», die Zahl der Autos «massiv zurückfahren». Er sehe nicht ein, weshalb es in der Stadt noch Autos brauche, abgesehen vom Gewerbe und beim Carsharing. Waser: «Wir brauchen den Platz für Grünflächen, für den ÖV und den Langsamverkehr.»

Seine Ideen sind radikal. Waser weiss das, er hat sich mit diesem Begriff auseinandergesetzt. Anders als «extrem» enthalte «radikal» nichts Schlechtes, betont er. «Radikal heisst grundlegend. Und es braucht grundlegende Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen.» Wie die Stadt sonst in 30 bis 40 Jahren noch lebenswert sein könne, wisse er nicht.

Wie weit ist er bereit zu gehen für diesen Wandel? Wie hält

er es mit zivilem Ungehorsam – und wie mit Gewalt? «Zivilen Ungehorsam braucht es», sagt Waser. 2020 hatte er mit dem Klimastreik und Organisationen wie Extinction Rebellion den Bundesplatz besetzt. Dort begann er, jene Übersetzungsarbeit zu leisten zwischen Klimastreik und offizieller Politik, die er heute fortsetzen will. Gewalt lehnt Waser aber ab. «Gewalt gegen Menschen ist ausgeschlossen.» Der Systemwandel hin zur Klimaneutralität müsse «sozial gerecht und demokratisch, also klimagerecht» stattfinden. «Sonst tun wir es lieber gar nicht. Ich möchte Netto Null nicht mit Gewalt, undemokratischen Prozessen, Unterdrückung oder Diskriminierung erreichen.»

Waser wuchs in Tann-Dürnten im Zürcher Oberland auf, in einem langweiligen Einfamilienhaus-Quartier. Mit 16 hörte er auf, Fleisch zu essen, mit 17 verzichtete er auf Milchprodukte und lebte vegan. Er machte

die Lehre als Landschaftsgärtner und begann ein Studium als Umweltingenieur. Dieses brach er ab für den Verein Grassrooted, über den er Früchte und Gemüse vor dem Wegwerfen rettete: mal 30 Tonnen Tomaten, mal 10 Tonnen Kürbis und jetzt gerade 2,5 Tonnen weisse Pflaumen aus Sizilien. Inzwischen kam eine GmbH dazu, und ein Mitgliederladen – Rampe 21 – wurde gegründet. Er verkauft im Abo-System überschüssiges Gemüse. Zurzeit entsteht auch eine Genossenschaft.

Waser war parallel bei Juso und Jungen Grünen

Waser ist seit 2019 Teil der Bewegung Klimastreik. Er war parallel auch Mitglied zweier Jungparteien: der Juso und der Jungen Grünen. Er habe beides austesten wollen und sich für die Jungen Grünen entschieden, weil sie seine Kernthemen Klimakrise und Landwirtschaft enger begleiteten als die Juso.

Ungewöhnlich ernst wird Waser im Gespräch nur einmal – als sein zweiwöchiger Hungerstreik vom Oktober 2019 zum Thema wird. Er protestierte damit gegen den Bundesrat, der in seinen Augen untätig blieb gegen die Klimakrise. «Diesen Hungerstreik würde ich heute nicht mehr machen, ich bin an einem anderen Punkt», sagt er. Für ihn war es eine Grenzerfahrung. Er habe sich nicht gehört gefühlt, so wie viele andere in seinem Alter. «Es ist megaschlimm, dass wir die Sorgen und die psychische Gesundheit vieler junger Menschen so was von nicht ernst nehmen.»

Für das Porträtbild will der Landschaftsgärtner an der Limmat fotografiert werden. «Zürich braucht mehr Natur, wilde Natur, so wie hier», sagt er. «Dieser Ort ist ein wichtiger Freiraum für die Menschen.»

Für ihn ist das ein Beispiel, wie eine Stadt wie Zürich aussehen sollte.

Prozessauftritt gegen Ex-Stadtschreiber wegen Wahlbetrugs

Im Thurgauer Kantonsparlament ging ein Sitz an die SVP statt an die GLP. Wie konnten die Stimmzettel manipuliert werden?

Heute steht der ehemalige Frauenfelder Stadtschreiber Ralph Limoncelli vor Gericht. Er soll bei den Grossratswahlen im Kanton Thurgau vor einem Jahr Wahlfälschung begangen haben. Demnach soll er im März 2020 die Auszählung der Wahlzettel so beeinflusst haben, dass der SVP anstatt der GLP ein Sitz zugesprochen wurde.

Wie konnte er das bewerkstelligen? Einerseits soll Limoncelli hundert Wahlzettel zum Verschwinden gebracht haben. Andererseits sollen hundert weitere Stimmzettel auf dem SVP-

Stapel gelandet sein, die eigentlich der GLP gehörten. Hundert Wahlzettel entsprechen rund 3200 Parteistimmen. Zusammen mit den falsch abgelegten Zetteln ergeben sich 6400 Parteistimmen, was dann zu einer Sitzverschiebung führte.

Dass mit den Resultaten der Wahl etwas nicht stimmte, war dem Präsidenten der Grünliberalen bereits am Wahlsonntag aufgefallen. Er verlangte eine Nachzählung, die der damalige Stadtschreiber Ralph Limoncelli alleine durchführte. Ohne Ergebnis. Weil die Grünliberalen

die Sache nicht ruhen liessen, musste der Stadtschreiber ein zweites Mal über die Bücher. Wiederum alleine. Bei der zweiten Auszählung meldete er, dass dem Wahlbüro ein Fehler unterlaufen sei, dies aber zu keiner Sitzverschiebung führe.

Da platzte der GLP der Krage, sie reichte beim Grossen Rat des Kantons Thurgau Wahlrekurs ein. Auch bei der Staatskanzlei kamen Zweifel auf, sie reichte Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ein. Es wurden Ermittlungen aufgenommen. Die GLP erhielt nachträg-

lich einen weiteren Sitz im Grossen Rat, den die SVP abtreten musste.

Wie ist so etwas in der Schweiz, dem demokratischen Musterland, möglich? Marc Bühlmann, Direktor von Année Politique Suisse an der Universität Bern, verweist auf das Schweizer Milizsystem. «In den Wahlbüros sind keine Profis am Werk, sondern meistens ganz normale Leute; da passieren Fehler.» Gleichzeitig fördert diese Art der «Politik im Kleinen» das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demo-

krischen Prozesse. Ob Limoncelli systematisch Wahlbetrug begehen wollte, könne man nicht sagen. Wenn er tatsächlich mit viel krimineller Energie der GLP eins habe ausgewaschen wollen, so sei der Effekt mit einem einzigen Sitz im Kantonsparlament minim gewesen.

Limoncelli: «Ich habe ein reines Gewissen»

Limoncelli selbst weist jede Schuld von sich. In einer Stellungnahme im März 2020 sagte er: «Ich habe ein reines Gewissen, weshalb ich dem Gerichts-

verfahren gelassen entgegenblicke.» Doch kurz darauf folgte der nächste Knall: Limoncelli kündigte im August sein Amt, das er seit 2008 innegehabt hatte. Die Stadt stellte ihn sofort frei.

Limoncelli war früherer CVP-Kantonsrat. Er verweist in einer Stellungnahme auf seine unbescholtene Vergangenheit: Mehr als 25 Jahre sei er auf Thurgauer Gemeinden tätig und ebenso lange Mitglied des Kirchenrats gewesen. Bis auf weiteres gilt die Unschuldsumutung.

Nina Fargahi